

Regionalkonferenz „Neue Chancen für Kommunen und Stadtwerke  
durch aktuelle Akzeptanzmaßnahmen bei den Erneuerbaren Energien“

11. Dezember 2018

in Ludwigsfelde

*Es gilt das gesprochene Wort*

Anrede,

Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen!

Wir alle sind hier, weil wir ein gemeinsames Ziel haben. Wir wollen, dass die Energiewende gelingt. Und das geht nur, wenn sie nicht gegen die Kommunen, sondern mit ihnen stattfindet.

Gestern habe ich junge Leute getroffen, die bei einem Planspiel mitgemacht hatten und zwar ein Planspiel zum Netzausbau. Die Hauptaufgabe hatte darin bestanden, die unterschiedlichen Interessen – also die der Anwohner, der Landwirte, der Naturschützer und so weiter – in Einklang zu bringen. Keine einfache Aufgabe!

Diese Schülerinnen und Schüler haben viel über die Energiewende gelernt. Vor allem aber haben sie gelernt, dass große Vorhaben nur dann gelingen können, wenn erstens alle Parteien an einem Tisch sitzen – und wenn zweitens niemand diesen Tisch als Verlierer verlässt. Auch für unsere heutige Veranstaltung ist das ein entscheidender Punkt. Denn egal, ob es sich um Strommasten oder Windanlagen handelt: fehlende Akzeptanz ist ein Stolperstein, der die Energiewende immer wieder ausbremst.

[Anrede]

Lassen Sie mich ein paar Schritte zurückgehen. Wie Sie wissen, ist Brandenburg ein Vorreiter beim Ausbau der Erneuerbaren. Alleine schon bei der Windkraft können wir stattliche Zahlen vorweisen. Rund 3.750

Windenergieanlagen stehen aktuell im Land Brandenburg. Die installierte Leistung beträgt knapp 6.850 Megawatt. Damit stehen wir bundesweit an zweiter Stelle – wenn man die installierte Leistung absolut betrachtet; bezogen auf die Einwohnerzahl liegen wir sogar bundesweit vorne.

Unsere Energiestrategie, die Energiestrategie 2030, enthält die Zielmarke 10.500 Megawatt. Davon sind, wie erwähnt, rund 6.850 Megawatt schon erreicht, wir haben also ein gutes Stück Weg hinter uns.

An unserem Ausbauziel wird sich vorerst auch nichts ändern. Zwar sind wir dabei, unsere Energiestrategie zu überarbeiten; denn seit der Verabschiedung der Energiestrategie hat sich sehr viel geändert, auch was die Gesetzeslage anbetrifft. Aber derzeit sind uns gewissermaßen die Hände gebunden. Denn solange es keine Entscheidung des Bundes zur Zukunft der Braunkohle gibt; solange können auch wir keine Festlegungen treffen.

Wie schnell es eine Entscheidung des Bundes geben wird, das ist völlig unklar. Für Anfang des Jahres erwarten wir zwar den Bericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“, die so genannte Kohlekommission. Aber auch das sind zunächst Empfehlungen. Es sind keine fertigen Gesetze und Verordnungen. Kurzum: es gibt also noch große Lücken im energiepolitischen Fahrplan.

[Anrede]

Die allermeisten Deutschen sind für die Energiewende. Das zeigen Umfragen immer wieder. Mal sind es 93, mal 95 Prozent der Befragten, die sich klar für den Ausbau der Erneuerbaren aussprechen. Zumindest, solange dieser Ausbau im Abstrakten bleibt. Geht es dagegen um ein konkretes Projekt, dann fällt die hohe Akzeptanz oft wie ein Kartenhaus zusammen.

Man kann sich fragen, warum das so ist. Schließlich ist den allermeisten klar, dass die Energiewende nicht im Fernsehen oder Internet stattfindet, sondern

ganz real, „in echt“. Doch wer A sagt, sagt eben nicht automatisch B. Das ist ein Stück weit der Trend unserer Zeit und das sage ich nicht ohne Sorge.

Wir lieben Wurst, wollen aber mit dem Schlachthof nebenan nichts zu tun haben, wir wollen guten Handyempfang, aber nicht den Funkmast, der dazugehört; wir fordern eine gute Verkehrsanbindung, aber möglichst ohne Lärm und Geräusche, wir wollen grüne Energie, aber das Windrad soll möglichst woanders stehen.

Natürlich: oft gibt es gute Gründe, die ich gar nicht in Abrede stellen will. Anwohner von Windenergieanlagen, um bei unserem Thema zu bleiben, müssen eine ganze Reihe von Nachteilen in Kauf nehmen. Lärm, Blinkfeuer zu Nachtzeiten, das Gefühl, räumlich bedrängt zu werden und dann noch die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes – das sind handfeste Punkte, die in Summe dazu führen, dass die Zustimmung zur Windkraft zunehmend schwindet.

Das kann natürlich niemand wollen – weder die Anlagenbetreiber noch die Kommunen oder wir als Landesregierung. Denn wie ich es eingangs angedeutet habe: Die Energiewende kann nur dann gelingen, wenn sie von breiten Teilen des Landes unterstützt wird.

Wir brauchen also einen Interessensausgleich – oder das, was man eine „Win-Win“-Situation nennt. Anders gesagt: die Windkraft führt vor Ort zu Beeinträchtigungen, aber kann sie nicht auch zu Verbesserungen führen? Ja, das kann sie. Zum Beispiel, indem Kommunen wirtschaftlich beteiligt werden. Wir als Landesregierung haben uns dazu und zu weiteren Punkten intensiv Gedanken gemacht. Das Ergebnis ist ein Maßnahmenkatalog, ein „Sechs-Punkte-Plan“, den Herr Steffen aus meinem Haus später vorstellen wird.

Ich will an dieser Stelle daher noch gar keine Details verraten. Nur so viel: ein Dreh- und Angelpunkt sind erweiterte Informations- und Beratungsangebote. Sei es über unsere Wirtschaftsförderung, sei es über Veranstaltungen wie diese hier, die wir in allen Planungsregionen durchführen werden. Dieser

Punkt, Information und Beratung, ist für alle Beteiligten wichtig – denn ohne Information keine Kommunikation und ohne eine gute Kommunikation dauern Planungs- und Genehmigungsverfahren wesentlich länger.

[Anrede]

Damit unterschiedliche Interessen vereint werden können, braucht es Offenheit und Kreativität. Schon jetzt gibt es viele gute Beispiele, die deutlich machen, dass die Windkraft und das Gemeinwohl keine Gegensätze sind. Einige dieser Beispiele werden nachher vorgestellt. Allen Mitwirkenden danke ich sehr herzlich. Ich kann Sie alle, meine Damen und Herren, nur ermuntern: nutzen Sie den heutigen Tag. Gehen Sie auf die Ansprechpartner zu. Lassen Sie sich beraten und sprechen Sie an, was Sie bewegt.

In diesem Sinne: Ich wünsche Ihnen allen einen spannenden Vormittag!  
Vielen Dank.